

## Graf Hertlings Erklärung.

Um 112 Uhr stellte im Hauptausschuß des Reichstages der Vorsitzende Hert den Entwurf betr. den 15. Milliarden-Kredit zur Beratung. Einleitend erklärte Vizekanzler von Bahr: Der Reichskanzler werde seine Ausführungen zum Teil vertraulich geben. Nun seien bei früheren Anlässen trotz beschlossener Vertraulichkeit Meldungen hinausgegangen, die verwirrend gewirkt hätten. Deswegen wünsche er, daß dem vorgebeugt und alles, was der Kanzler als vertraulich erklärte, auch als vertraulich behandelt werde, also nicht in die Presse komme. Nach einer kurzen Geschäftsordnungserörterung stimmt der Hauptausschuß einem Vorschlag Erzberger zu, entsprechend dem früher gelübten Verfahren die Berichte über die Reden vom Regierungstisch von der Regierung selbst geben, die Berichte über die Reden der Abgeordneten durch die Schriftführer prüfen zu lassen.

### Reichskanzler Graf Hertling

leitet seine Rede über die politische Lage mit den Worten ein: Ich werde Ihnen alles offen darlegen, wenn die durch den Antrag Erzberger gezogenen Grenzlinien der Berichterstattung eingehalten werden.

Der Kanzler erklärte, daß der Wechsel in der Leitung des Auswärtigen Amtes an dem Kurse der gesamten Reichspolitik nicht das geringste ändern werde. Sowohl die innere wie die äußere Politik des Reiches werde sich nach wie vor auf den Bahnen bewegen, die in den früheren Erklärungen des Kanzlers vorgezeichnet waren. Soweit der Wille der Regierung in Betracht komme, seien in innerpolitischer Hinsicht alle gegebenen Zusagen innegehalten worden. Die Regierung werde auch mit voller Energie auf der Durchführung der in die Wege geleiteten Reformen bestehen und diese zu Ende führen. Nach außen hin sei die Reichspolitik programmatisch in der Antwort auf die Friedensnote des Papstes festgelegt. Aller Welt sei die ehrliche Friedensbereitschaft der deutschen Regierung seit langem bekannt. Es habe sich daran auch weder bisher etwas geändert, noch werde dies in Zukunft geschehen. Demgegenüber stehe aber die Tatsache fest, daß der Vernichtungswille der Feinde nach wie vor aufs stärkste hervortrete, zuletzt erst wieder in den Reden von Wilson und Versailles. Solange darin kein Wandel geschehe, seien wir zum Weiterkämpfen um unsere Freiheit und Wohlfahrt genötigt. In der Bereitwilligkeit, auf wirklich ernste Verhandlungsvorschläge der uns feindlichen Mächte einzugehen, sei aber die politische Reichsleitung mit der Obersten Seeresleitung vollkommen einig.

Der Kanzler berührte dann noch im einzelnen die politischen Zukunftsprobleme im Osten und Westen und kam dabei zu dem Ergebnis, daß das Regierungsprogramm sich nach beiden Richtungen hin mit den Erklärungen decke, die schon im November 1917 abgegeben und von der überwiegenden Mehrheit des

Reichstags gebilligt worden seien. Die anderweitige Besetzung des Auswärtigen Amtes sei nicht auf sachliche Meinungsverschiedenheiten, sondern nur auf Erwägungen persönlicher Art zurückzuführen, über die der Kanzler vertraulich nähere Aufschlüsse gab. Der als Nachfolger des Staatssekretärs von Kühlmann in Aussicht genommene Gesandte von Plinke habe die bindende Erklärung abgegeben, daß er in jeder Hinsicht die bisherige Politik des Reichskanzlers mitmachen werde.

Nach dem Kanzler ergriff das Wort zunächst der Abg. Gröber.